



# aus Wiesbaden

Nr. 1 - Mai 1999

Liebe Genossinnen und Genossen,

was macht die neue Koalition in Wiesbaden? Welche Auswirkungen auf Offenbach haben die Beschlüsse von schwarz-gelb? Was gibt es Neues, Skurriles und Wissenswertes rund um den Landtag und die Landespolitik? Mit einem regelmäßigen Brief aus Wiesbaden will ich Euch zukünftig zu diesen Fragen und vor allem zu meiner Tätigkeit Informationen geben.

Viele Grüße

Heike Habermann  
Landtagsabgeordnete

**Ab dem 1.Mai habe ich mein Wahlkreisbüro in der Herrnstraße 14 (Tel.: 887045). Mein Mitarbeiter ist Marius Statescu, vielen aus der Arbeit in der Geschäftsstelle bereits bekannt. Bitte wendet Euch an ihn oder mich persönlich, wenn Ihr Informationen braucht, Veranstaltungen plant oder Termine absprechen wollt.**

## Ausschüsse im Landtag besetzt

Die parlamentarische Arbeit wird zukünftig von 11 Ausschüssen im Landtag geleistet.

Ich bin Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss und dort Sprecherin für den Bereich Arbeitsmarktpolitik. Da die Beschäftigungspolitik in Offenbach zentraler und effektiver Bestandteil der Stadtentwicklung ist, hoffe ich, in dieser Funktion einen Beitrag zur Fortsetzung dieser Arbeit leisten zu können. Die Regierung Koch hat bereits angekündigt, alle bestehenden Landesprogramme zu überprüfen. Einem Abbau der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird die Landtagsfraktion entschieden entgegenzutreten, und Offenbach kann aus eigener positiver Erfahrung mit den Landesprogrammen die Argumentation mitbestimmen. Mein zweiter Arbeitsbereich ist die Schulpolitik. Als Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss, stellvertretende AK-Vorsitzende werde ich die Kontakte zu den Offenbacher Schulen suchen, um vor Ort zu überprüfen, was aus den vollmundigen Wahlkampfversprechen der CDU umgesetzt wird. Besonderes Gewicht für Offenbach hat die Aussage, den muttersprachlichen Unterricht in den Schulen auslaufen zu lassen. Damit wird eine identitätsstiftende Förderung der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache zerstört, ohne dass ein Mehr an Integration dadurch entsteht. Direkte Zuständigkeit im SPD-Arbeitskreis habe ich für den Bereich der Erwachsenenbildung

## Luftkrieg in Jugoslawien

Die Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien werden zu Recht in der SPD intensiv diskutiert, wobei ich die Ernsthaftigkeit begrüße, mit der Befürworter und Gegner die Argumente für ihre Haltung suchen und austauschen. Ganz sicher kann niemand die Frage ohne Emotionen beantworten, ob Krieg ein Mittel der Politik sein kann. Emotionen sind deshalb legitimer Bestandteil jeder Argumentation, solange sie nicht benutzt werden, um den Andersdenkenden zu diffamieren.

In der Landtagsdebatte am 22.4. wurde auf der Grundlage zweier Anträge über die Situation der Kosovo-Flüchtlinge diskutiert. Die massenhafte Vertreibung und Ermordung von Kosovo-Albanern und die brutale Verletzung der Menschenrechte durch das verbrecherische Regime in Belgrad wurde einhellig verurteilt. Auch die Verantwortung des Landes gegenüber den Flüchtlingen, die in Hessen untergebracht wurden, wurde betont. Gleichzeitig fordert der Hessische Landtag, dass das wichtigste politische Ziel einer Lösung für den Kosovo sein muss, die Rückkehr der Vertriebenen unter sicheren Existenzbedingungen in ihre Heimat zu ermöglichen.

Dem Abschnitt des CDU/FDP Antrags, der die volle Unterstützung des Hessischen Landtags für die Luftschläge der NATO aussprach, habe ich gemeinsam mit acht weiteren Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion nicht zugestimmt.

Ich bin prinzipiell der Auffassung, dass Kriegseinsätze kein Mittel sind, die Situation der Betroffenen zu verbessern und dauerhafte Grundlagen für ein Leben ohne Angst, Hass und Gewalt in den Krisenregionen zu legen. Ich bin überzeugt, dass die NATO ihr Ziel verfehlt hat, eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu vermeiden. Im Gegenteil haben die Bombenangriffe zu einer Solidarisierung nach außen geführt, die die Position des Diktators Milosevic stärkt. Die zunehmende Zerstörung der Infrastruktur in Jugoslawien wird nicht nur psychologisch sondern insbesondere wirtschaftlich zur weiteren Isolation der Serben führen, eine denkbar schlechte Basis für eine dauerhafte Krisenbewältigung.

Äußerst besorgt bin ich auch darüber, dass mit dem Übergehen der UN ein Schaden für das internationale Völkerrecht entstanden ist, dessen Folgen für die verteidigungs- und außenpolitische Linie der NATO-Staaten und der Bundesrepublik überhaupt noch nicht absehbar sind.

Deshalb konnte und kann ich trotz des eindeutigen Votums des SPD-Parteitags einer Befürwortung der Luftangriffe nicht zustimmen.

## **Schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarungen auf dem Prüfstand**

Noch ist nicht in allen Bereichen einschätzbar; welche konkreten politischen Veränderungen auf Hessen zukommen.

Die versprochene Unterrichtsgarantie wird verbal vom Ministerpräsidenten bereits relativiert: die Studententafel soll der Gradmesser für ausreichende Lehrerversorgung werden. Schule mit festen Öffnungszeiten und der Stellenwert des Hauptschulabschlusses sind Felder, wo die CDU Veränderungen ankündigt, aber noch nicht konkretisiert hat. Es scheint, als habe der überraschende Wahlerfolg in vielen Bereichen jetzt erst zu hektischen Aktivitäten der Fachleute geführt, um ihre Schlagworte auch mit Inhalten zu füllen.

Die Ergebnisse der Mediation um den Flughafenausbau werden abgewartet. Dass eine Ausweitung der Landebahnkapazitäten unumgänglich ist, hat der neue Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung jedoch unmissverständlich klargemacht. Eine Entscheidung wird zu Beginn des nächsten Jahres fallen.

Bei den Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen herrscht auch für die betroffenen Kommunen und Träger zunächst einmal nur die Unsicherheit. Alle Ansätze sollen geprüft und auf ihre Effizienz untersucht werden. Die inhaltlichen Aussagen im Koalitionspapier umfassen zu diesem Bereich nur wenige Zeilen.

Ein Thema wird auch die Kommunen vor Ort in der allernächsten Zeit heftig beschäftigen: die geplanten Änderungen des Kommunalwahlrechts. Stichworte sind die Stärkung der Rechte der direkt gewählten Bürgermeister und vor allem ein verändertes Wahlsystem für die Kommunalparlamente. Durch Kumulieren und Panaschieren sollen die Bürger und Bürgerinnen angeblich mehr Einfluß gewinnen. Als Folgen solcher möglichen Stimmenbündelungen ist vielmehr abzusehen, dass die Parteien zu einem Hort für Honoratioren werden und programmatische Schwerpunkte noch mehr in den Hintergrund treten. Die der FDP versprochene Drei-Prozent-Hürde, an sich schon problematisch, wird bei diesem Wahlsystem gänzlich fallen müssen.

Für die Schlagkraft der SPD wird es besonders wichtig werden, sich mit den kurz angesprochenen und natürlich auch anderen Positionen und Vorhaben von schwarz-gelb frühzeitig auseinanderzusetzen und unsere eigenen Konzepte dagegenzustellen.

Ich will in den kommenden Wochen in den Ortsvereinen die Koalitionsvereinbarungen von CDU/FDP vorstellen und gemeinsam mit Euch Positionen diskutieren. Marius wird sich wegen passender Termine mit Euren Vorsitzenden in Verbindung setzen.

## **Zum guten Schluss ....**

Ach ja, Mitglied im Ältestenrat bin ich übrigens auch. Ich habe die Ehre, als Schriftführerin darauf zu achten, dass die richtigen Abgeordneten „im Bild“ sind und ihre Redezeiten nicht überschreiten. Ausserdem darf ich ihnen den Strom zuteilen, damit sie ihre Weisheiten auch in entsprechender Lautstärke loswerden können! Also Ihr wisst Bescheid, falls es zu einem Eklat im Landtag kommt und sich die Regierungsparteien darüber beschweren, dass man ihnen kein Gehör schenkt!